

Spangenberg Zeitung.

amtlicher Anzeiger
für die
Stadt Spangenberg.

Erscheint wöchentlich zweimal:
Freitag und Sonnabend nachmittag.
Abends vierteljährlich frei ins Haus
durch den Briefträger gebracht
1,20 M., monatlich 40 Pf.

Allgemeiner
für Stadt

Telefon Nr. 27.

Schuldruck u. Verlag



Anzeiger
und Land.

Telefon Nr. 27.

Hugo Münzer, Spangenberg.

Amtsblatt
für das
K. Amtsgericht Spangenberg

Anzeigen-Gebühr:
Die gespaltene Zeile oder deren Raum 16 Pfg.
Für auswärtige 20 Pfg., Restamezelle 30 Pfg.
Bei größ. Aufträgen entsprechenden Rabatt.
Anzeigen bis Vorm. 9 Uhr erbeten.

Nr. 100.

Donnerstag, den 16. Dezember 1920.

13. Jahrgang.

Amtlicher Teil.

Änderung des Ortsstatuts über die Anschaffung und Unterhaltung der Zuchtbullen.

Der Magistrat hat am 7. 12. 20 beschlossen, folgenden Antrag zum Statut über die Anschaffung und Unterhaltung der Zuchtbullen in der Stadtgemeinde Spangenberg vom 8. Februar 1906, genehmigt vom Bezirksausschuss am 6. Juni 1906, zu erlassen:

Artikel 1.

§ 2 des § 5 des Statuts erhält folgende Fassung: Die Benutzung der Bullen wird von dem Besitzer jedes Muttertieres, das zum Bespringen zugelassen ist, ein Sprunggeld in Höhe von 5 (fünf) Mark zu zahlen.

Artikel 2.

Der Nachtrag tritt mit dem Tage der Verkündigung in Kraft.

Vorliegender Entwurf wird hierdurch zur öffentlichen Kenntnis in der Stadtgemeinde gebracht. Jedem Bürger ist frei, innerhalb zweier Wochen, vom Tage nach Veröffentlichung an gerechnet, bei dem Magistrat Einsprüche zu erheben.
Spangenberg, den 8. Dezember 1920.

Der Magistrat,
Schier.

Verhütung von Unfällen.

Die Zahl der gemeldeten Unfälle in der Stadt hat in der letzten Woche zugenommen. Fast keine Woche verläuft ohne daß ein oder mehrere Unfälle sich ereignen. Die Beteiligten werden hierdurch erneut auf die Beachtung der Unfallverhütungsvorschriften hingewiesen. Insbesondere die auf das Verschulden des Betriebsunternehmers zurückzuführen sind, haben für den betreffenden rechtlichen Nachteil zur Folge.
Spangenberg, den 4. Dezember 1920.

Die Polizeiverwaltung,
Schier.

Abgabe von Christbäumchen.

Aus dem Stadtwald können mangels verfügbarer Weihnachtsbäume nicht abgegeben werden. Den Beteiligten wird daher anheimgestellt, sich an staatliche Oberförsterei oder an sonstige Stellen zu wenden.
Spangenberg, den 11. Dezember 1920.

Der Magistrat,
Schier.

Ausgabe der Brotharten.

Montag, den 20. Dezember, vormittags im Ratsteller.
Spangenberg, den 14. Dezember 1920.

Der Magistrat,
Schier.

Keisebrotmarken.

Seit Ende Mai 1920 sind die Keisebrotmarken alten Maßes (großes Format) und die Keisebrotmarken neuen Maßes (kleines Format) nebeneinander gültig. Die Gültigkeit der alten Marken wird auf Anordnung des preussischen Landesoberamtes mit Ablauf des 31. Dezembers 1920 aufgehoben.

Vom 1. Januar 1921 ab sind demgemäß nur noch die neuen Marken (kleines Format) ausschließlich gültig. Ein Umtausch der alten Marken in neuen findet nicht statt. Ich erlaube daher, etwa noch vorhandene Bestände zu verbrauchen.
Melsungen, den 25. November 1920.

Der Vorsitzende des Kreisaußschusses.

Herstellung von Kleingebäck.

Ich gebe nochmals bekannt, daß die markenfreie Abgabe von Brot und Weizenkleingebäck verboten ist. Die Bäckereien, Gast- und Schankwirtschaften, deren Inhaber von Kantionierungsrichtlinien zuwiderhandeln, müssen rückwirkend auf längere Zeit geschlossen werden.
Melsungen, den 7. Dezember 1920.

Der Vorsitzende des Kreisaußschusses.

Invalidenversicherungsbeiträge.

Trotzdem im Tageblatt Nr. 186 vom 6. Juni 1920 und Nr. 197 vom 26. August d. Js. bekannt gegeben

worden ist, welche Wochenbeiträge zur Invalidenversicherung vom 1. 8. 1920 ab zu leisten sind, herrscht doch noch, wie die tägliche Anfragen zeigen, Unklarheit, welche Invalidenmarken, besonders für die in der Landwirtschaft und als Diensthöfen Beschäftigten zu entrichten sind.

Es sind zu entrichten für landwirtschaftliche Arbeiter, Knechte oder Mägde, die in der Krankenkasse in der Lohnstufe 1 versichert sind, Invalidenmarken der Lohnklasse 3 zu 1,10 M. und für die, die in den Lohnstufen 1—12 der Krankenkasse versichert sind, Invalidenmarken der Lohnklasse 5 zu 1,40 M.

Melsungen, den 24. November 1920.

Der Vorsitzende des Kreisaußschusses.

Die am 15. November d. Js. fällig gewesene Reichseinkommensteuer für das III. Vierteljahr sowie die Stadt- und Kreissteuern sind binnen 3 Tagen bei Beibehaltung der zwangsweisen Betreibung zu zahlen.

Eine besondere Mahnung erfolgt nicht. Für die nicht rechtzeitig gezahlte Reichseinkommensteuer sind 5% Verzugszinsen zu zahlen.

Spangenberg, 10. Dezember 1920.

Die Stadtkasse.

Aus Spangenberg's Geschichte

XIV.

Als dieser fertig war, ließ er den Edelknecht aus dem Gefängnis holen, entkleiden, mit Honig beschmieren und in den Käfig recken, der an die höchste Spitze des Turmes gehangen war. Die Süßigkeit lockte unzählige Insekten herbei, welche den Unglücklichen bald so bedeckten, daß sein ganzer Körper schwarz gemalt schien. Das Ärgern und Stechen dieser winzigen Tierchen, die sengenden Strahlen der Augensonne und ein brennender Durst bereiteten ihm solche Folterqualen, daß er schon nach wenigen Tagen denselben erlag und seinen Geist aufgab. Seitdem hat man in Spangenberg alljährlich und bis auf diese Zeit, auf den Tag Laurenti (10. August) oder auf einen Tag früher oder später, einen Schwarm kleiner Insekten am Turm des Schlosses schweben gesehen. Eine Stunde lang hängen sie gleich einer schwarzen Wolke über der Turmspitze, fallen dann auf einem Nebenan aus dem Dache ragenden hohen Schornstein, und verbreiten sich durch diesen in die unteren Gemächer des Schlosses, wo sie oft goldhoch den Fußboden in Zimmern und Gängen bedecken. Die Tierchen sind nach wenigen Stunden entweder bereits tot, oder so matt, daß sie nicht mehr aufliegen können. Sie werden dann mit Belen zusammengekehrt und auf den Rehricht geworfen. Auch den Drahtkäfig haben alte Leute in Spangenberg noch gesehen. Man sagt, daß einer der letzten Kommandanten des Schlosses ihn verkauft und deshalb von seinem Vorgesetzten sich eine Strafe zugezogen habe.

Herr Adam Siebert zu Cassel, Spangenberg's Heimatdichter, hat aus Anlaß der 600. Wiebecke des Jahres die Verlesung der Stadtroute an Spangenberg seiner Vaterstadt das Märchen „Aus Spangenberg's Urzeit“ gewidmet. In dem Werk findet sich das Schicksal des unglückseligen Edelknechts dichterisch verklärt. Das Gedicht lautet:

Ernt hangen die Becher bei frühlichen Mahle,
Von Rittern und Knappen ward manhaft gezecht,
Denn reich war die Beute der Jagd in dem Tale,
Gehalten von Burgherren, mit Knappen und Knecht.

Laut Klang es Hall und Hallo in der Runde
Und Becher um Becher ward wieder gefüllt,
Doch plötzlich erblinckten die Lippen am Munde
Des Ritters — ihm ward ein Geheimnis entpült.

Ernt schweifte sein Auge umher in dem Kreise,
Doch eben nach glänze voll Freude und Lust,
Dann jag er die Klinge nach Gelehrer Weise
Und schlug sich voll Horn an die wunde Brust.

Ernt stießen die Gäste und genaudes Ahnen
Verdränge die Luft, die zu herrschen geucht,
Doch einer der Ihren, den Einde läßt manchen,
Sticht eiligt die Werten des Saales zu Ruch.

Doch mehr! Der Ritter stog auf von dem Stuble;
„Dalt ein, du Veracker, entnimme mir nicht!“
Dann wart er beim Schopfe den ätzernden Buhle
Und stellt an den Pranger den treulosen Wilt.

„So höret, ihr Kecken, vom Festesgelage“,
Rief er dann voll genümmen Horns in den Saal,
Wie wider ihr trechten, wenn einer es wage,
Die Treue zu rauben von eurem Gemalt.“

„Ah würde dein Schurken,“ sprach einer entrüstet,
„Die Junge austreiben, die so mich entehrt,
Die Jungel nach einem Paar Lippen gelüftet,
Dieweil ihr nach Ehren als Kleinod gehört.“

„Dah,“ sprach nun ein Andrer, „ich ließ ihn zerschellen
Von feuchtem Rossen, ein Festes Louremer!“

Und weiter sprach einer: „laßt mich es beweisen,
Ich halt' ihm den Schädel, und sei's auch gleich hier.“

„Nicht so“, dann der Ritter hochlachend veründert,
„Im Sähes zertrat er ein Stiegenbot,
Und wer sich an solchen so treulos veründert,
Dem bühet auch ein „föhner“ und langamer Tod.“

„Holt mir einen Käfig, geschmiedet von Eisen,
Und legst den Schänder da mitter hinein,
Und daß ihn verzehren die Fliegen und Schmeißer,
Entkleidet und streicht mit Honig ihn ein.“

Dann hängt ihn hoch an des Burgturmes Spitze,
Dort wo ihm die Sonne am heißesten steht,
Bis daß ihm beim Stechen der Fliegen und Biße
Die Luft nach Verbotenen ewig vergeht.“

Und daß schon erhob sich dort oben am Turme
Dies Opfer der Liebe als schreckendes Bild,
Und bald schon umschwärmten die Fliegen im Sturme
Den Kerker gar toll, wie belesen und mild.

Indessen war unten, in Burges Gelassen
Die Tafel zu neuen Gelagen gedeckt,
Bis gierig Geschmeißer gleich wolkigen Massen,
Das schreckliche Urteil des Ritters vollstreckt.

Jahrhundert schwanden, mit ihnen die Ritter,
Und andere Sitten vertrieben uns die Zeit,
Doch schwärmten noch heute um Turme und Ritter
Die Fliegen, so oft sich die Jahreszeit neuet.

Das Jahr 1866 brachte eine politische Umgestaltung Deutschlands mit sich. Kurhessen verfiel dem Schicksal von Preußen einverleibt zu werden.

Das Staatsgefängnis, das sich auf der Bergseite Spangenberg befand, wurde entbehrlich. Der letzte Gefangene war Sekondeleutnant Moritz von Trimbach, vom 1. hessischen Infanterie- (Leib-) Regiment. Er hatte eine geringe Festungsstrafe zu verbüßen, weil er einen Rekruten mit dem Regen gehauen. Infolge der Mobilmachung der kaiserlichen Truppen wurde der Offizier begnadigt. Ein beurlaubter G. und nach der Umgestaltung des Kurfürstentums entbandt, überbrachte ihm die folgende Nachricht: Leutnant von Trimbach begab sich sofort zu seinem Regiment, das auf dem Marsche nach Mainz begriffen war.

Gerichtssaal.

Die Arbeit der Gerichte ist vielfach in Deutschland erheblich gestiegen, in Zivilsachen oft um über hundert Prozent, und noch mehr in Ehrenangelegenheiten und beinahe um zweihundert Prozent in Erbsachen. Die Ausgaben für die Justiz sind von 237 auf 960 Millionen im Jahre gestiegen, und mit der Bildung von neuen Straftatbeständen ist begonnen worden. Auch diese Tatsachen werden ein unerfennliches Licht auf die inneren Verhältnisse Deutschlands.

Kardinal Mercier wegen Eupen-Malmedy in Rom.

Nach Pariser Blättermeldungen hat der belgische Kardinal Mercier sich nach Rom begeben, angeblich, um die Fragen zu lösen, die sich durch Angliederung der Kreise Eupen und Malmedy ergeben haben. Der Bischof von Lüttich habe schon längst verlangt, diese beiden Bezirke seiner Diözese zu unterstellen. Der Bischof habe aber weder mit Ja noch mit Nein geantwortet. Man habe ihm (dem Bischof) in Rom erklärt, diese Unschlüssigkeit erkläre sich daraus, daß die deutsche Regierung in der Frage von Eupen und Malmedy Einspruch erheben habe. Nun wolle Kardinal Mercier selbst beim Papst versuchen, die Frage zu regeln.

Kelne künstlichen Düngemittel mehr nötig!

Eine neue umwälzende Erfindung für die Landwirtschaft! Der „Deutschen Düngemittel-Industrie“ Max Gohn in Wiesbaden, Veronal 14, ist es nach jahrelangen erfolgreichen Versuchen gelungen, ein Verfahren zur Gewinnung natürlicher Dünger (Dünger Mist) zu konstruieren, nach welchem weder Rohstoffe, noch künstliche Düngemittel Verwendung finden und auch eine Mehrarbeit des Landwirtes nicht erfordert wird.

Die zu diesem Verfahren nötigen Rohstoffe, die bisher wertlos waren, hat jeder Landwirt in innerschöpftlichem Maße für immer in seinem Anwesen vorräthig.

Die „Gohnsche Düngemittel“, wie dies Verfahren bezeichnet wird, ermöglicht es also jedem Landwirt, seinen natürlichen Dünger (Dünger Mist) je nach Belieben vollkommen mühe- und kostenlos um das drei- und mehrfache zu vermehren.

Welcher ungeheuren Nutzen und Gewinn nicht nur dem Landwirt, sondern auch der Allgemeinheit dadurch erwächst, ist kaum abzusehen. Dieses Verfahren ist in allen Kulturstaaten zum Patent angemeldet und darf nur mit ausdrücklicher Erlaubnis des Erfinders, die (im Lizenzwege) gegen eine einmalige Abfindungssumme von nur 50.— Mark an jedermann auf Antrag erteilt wird, benutzt werden. Wenn man betriebsfähig, das es sich hier nicht um ein belehrendes Buch, sondern um das Ausbreitungsrecht einer hervorragenden neuen landwirtschaftlichen Erfindung von unbeschätzbarem Werte handelt, die jeden Landwirt von seiner größten Sorge, der „Düngerfrage“, befreit, so ist der Preis in Anbetracht der Wertlosigkeit unseres Geldes als ein sehr mäßiger zu betrachten. Unrechtmäßige Benutzung wird nach den Patentgesetzen bestraft. Hoffentlich machen unsere Landwirte zum Nutzen aller recht regen Gebrauch von diesem unerfennlichen Fortschritt.

Im übrigen erteilen wir auf das Inserat in diesem Blatte,

Annahme der Beamtenvorlage.

Die Erhöhung der Anberzulagen demnach.
Der Reichstag hat am Donnerstag in zweiter und dritter Sitzung die Vorlage über die Erhöhung der Anberzulagen zu den Anberbeschlüssen für die Beamten erledigt. Ungekommen wurden die von der Regierung beigestimmten Anberbeschlüsse, alle darüber eingehenden Anträge wurden, nachdem die Regierung sie für unannehmbar erklärt hatte, abgelehnt. Damit ist die von einem großen Teil der Presse als unabwendbar vorhergesehene Regierungskrise noch einmal glücklicherweise vermieden worden. Zunächst war die Lage allerdings ziemlich kritisch. Die zum letzten Anberbeschluss vor es sich eine Mehrheit für die Deutschnationalen, als auch die drei sozialistischen Parteien hatten Änderungsanträge eingebracht, die weit über die Zuständigkeiten der Regierung hinausgingen. Die Reichsregierung beharrte jedoch hartnäckig auf ihrem Standpunkt und erklärte alle über die von dem Reichstag beigestimmten Beschlüsse als völlig unannehmbar. Reichsfinanzminister Dr. Winter legte zu wiederholten Malen eingehend dar, dass die Forderungen der Oppositionsparteien in ihrer finanziellen Wirkung Milliarde den Beträgen ausmachen würden und dass, gleich der Reichsregierung, sich auch die Finanzminister der Länder gegen derartige Erhöhungen der Anberzulagen wegen ihrer Minderwirkung auf die Gehaltsforderungen der einzelstaatlichen Beamtenkategorien ausgesprochen hätten.

Der Vermittlungsvorschlag der Regierungsvorlage.
Die Situation wurde immer kritischer, da die Deutschnationalen und das Zentrum einen Vermittlungsvorschlag einbrachten, in dem die Regierung nicht nur die Anberzulagen der Unteroffiziere, sondern auch die Besoldungen der Beamten bis zum 1. April 1920 ab zu erfolgen für ferner verlangte der Antrag eine Erhöhung der Unterhaltungsmitel zu. Mit dieser Vorlage befanden sich die Beamten.

Der Finanzminister stimmte schließlich diesem Antrag bei und sagte ferner den Beamten zu, dass am 1. Januar 1921 die Gehälter schon jetzt zur Auszahlung gelangen zu lassen. Denn es sei, für er fort, notwendig, die Beamten so rasch wie möglich Geld in die Hände zu bekommen, um die von niemandem bestrittene wirtschaftliche Notlage zu lindern.

Die Abstimmung.
Nach längerer Debatte schritt man zur Abstimmung. Der deutschnationale Antrag, über den das Haus zuerst abstimmt, wurde gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt. Auch der sozialdemokratische Antrag wurde gegen die Stimmen der Sozialisten und Kommunisten abgelehnt. Darauf wurde der Vermittlungsantrag mit großer Mehrheit angenommen. Dagegen stimmten nur die Unabhängigen und die Kommunisten.

Der Antrag Alcotte-Dellus über die Unterschiedsbeträge und den Unterhaltungslohn wurde gegen die Kommunisten angenommen. Abgelehnt wurde der unabhängige Antrag, das Existenzminimum auf 1600 Mark festzusetzen. Abgelehnt gegen die Unabhängigen und Kommunisten wurde ferner der unabhängige Antrag der das Streikverbot der Regierung zu unterbinden mit der Verfassung erklärt. Dem war die zweite Sitzung erledigt. In der dritten Sitzung wurde die Besoldungsvorlage nach den von der Regierung gestellten Anberbeschlüssen fast einstimmig — auch die Deutschnationalen und Reichstagssozialisten stimmten für die Annahme — angenommen. Nur einige Unkenabhängige und Kommunisten stimmten dagegen.

Mit der Bewilligung der Anberzulagen ist die große Notlage der Beamten gewiss nicht beseitigt, aber doch wesentlich gemildert worden. Besonders für die Beamten der unteren Besoldungsklassen bringt die Vorlage zweifellos große Vorteile, weil die Zahl der Kinder in diesen Klassen, wie statistisch feststeht, höher ist als bei den mittleren Beamten. Ferner bedeutet die Auszahlung der Unterschiedsbeträge, die sich aus der neuen Regelung des Unterschiedsverhältnisses ergeben, namentlich für das Familienvermögen, was die Lage der zwischen wirtschaftlichen Entwidlung viele Teile in höhere Stufen aufzudecken, einen ganz besonderen Vorteil für die Beamten. Schließlich ist auch die Auszahlung der zum 1. Januar 1921 fälligen Gehaltsbezüge bis spätestens zu Weihnachten für viele Beamte eine große Erleichterung.

Weitergehende Wünsche der Beamten konnten Regierung und Reichstag nur nicht erfüllen, das höchste

eine innere Angelegenheit Deutschlands.

Im übrigen wird bemerkt, dass die Selbstschutzzorganisationen nur als vorübergehende Einrichtung zum Schutze der Einwohner gegen verbedrohliche Elemente gedacht sind, so lange die Staatsgewalt solchen außerordentlichen Umständen selbst nicht gewachsen ist.

Die unüberzügliche Entwaffnung der Einwohnerwehren ist eine von Deutschland in Spa übernommene Verpflichtung. Diese Verpflichtung zu erfüllen, läßt sich die deutsche Regierung ausdrücklich mit allen Mitteln zu belegen sein. Die Verhältnisse sind jedoch in einzelnen Reichsteilen verschieden und lassen sich nicht überall mit dem gleichen Maße messen. Im ganzen Reich aber Bayern und Ostpreußen ist die Abstellung der schweren Waffen der Selbstschutzzorganisationen im wesentlichen beendet. Ihre leichten Waffen werden im allgemeinen bis Ende Januar eingezogen werden. Wenn nicht ganz unermwartet Ereignisse eintreten, wird die Entwaffnung der Selbstschutzzorganisationen, mit Ausnahme der bayrischen und ostpreussischen, im Laufe des Februar vollständig durchgeführt sein.

Die kommunikative Gefahr in Bayern.

In Bayern haben sich die ordnungswidrigen Elemente zu der Einwohnerwehren zusammengeschlossen, um die Abwehr der bolschewistischen Revolution zu verhindern. Die Polizei ist zurzeit in der Umwidlung begriffen, die Wehrmacht mit 15000 Mann völlig unzulänglich zur Aufrechterhaltung der Ordnung. Die kommunikative Gefahr in Bayern ist immer noch sehr groß. Bei den letzten Reichstagswahlen wurden in Bayern über 51000 Stimmen, davon 24000 allein in München, für die kommunikative Partei abgegeben, die zum gewaltsamen Umsturz der Staats- und Gesellschaftsordnung aufriefen. In den Händen der Umstürzer befinden sich noch sehr beträchtliche Waffenvorräte, die von den Aufrehrern im April 1919 bei der Erstürmung der Kasernen erbeutet wurden.

Die deutsche Regierung steht vor der zwingenden Notwendigkeit, diesen Verhältnissen Rechnung zu tragen. Sie denkt nicht daran, sich der in Spa übernommenen Verpflichtungen zu entziehen. In die völlige Entwaffnung der bayrischen Einwohnerwehren kann aber erst herangetreten werden, wenn es gelungen sein wird, die Entwaffnung der staatsfeindlichen Elemente so weit durchzuführen, daß die in der Einwohnerwehr vereinigten staatsfeindlichen Elemente nicht mehr zu befürchten brauchen, sich eines Tages wehrlos Anführern gegenüber zu sehen, die ihrerseits mit allen modernen Waffen ausgerüstet sind. Die Regierung wird mit möglicher Beschleunigung neue Maßnahmen treffen, um die geraubten Waffen ausfindig zu machen und so die Voraussetzung auch für die Entwaffnung der Einwohnerwehr zu schaffen.

Die unsichere Lage in Ostpreußen.

Die Bevölkerung der Provinz Ostpreußen ist neuerdings wieder in großer Sorge vor einem Wiederaufkommen der bolschewistischen Gefahr, zumal in der letzten Zeit von neuen Aufmarschvorbereitungen der Kominternregierung an der litauischen Grenze berichtet wird. Sie erklärt in der vom Oberpräsidenten der Provinz geschaffenen Organisation die einzige Möglichkeit, sich für den Fall, daß die drohende Gefahr Wirklichkeit wird, vor dem Meisterten zu bewahren. So

zu dessen, was bei der heutigen trostlosen Bilanz des Reiches und der Einzelstaaten augenblicklich beiläufig werden konnte, ist damit erreicht. Dieser allerdings bitteren Erkenntnis wird man sich auch in den Kreisen der Beamten nicht verschließen dürfen. Bei der Beratung der Besoldungsvorlage, mit der sich so bereits der Ausschuss befaßt, wird es sich indes bald zeigen, wie weit der allgemein anerkannten Notlage der Beamten im Rahmen des Möglichen noch abgeholfen werden kann.

Die deutsche Entwaffnungsnote.

Die Reichsregierung gegen die Auflösung der Selbstschutzzorganisationen.

Der Reichsminister des Auswärtigen Dr. Simons hat an die Vorsitzenden des internationalen Lieberovitz-Konferenzen des Landheeres in Berlin, General Rellert, eine deutsche Antwortnote über die Einwohnerwehren und den Stand der Abrüstung gerichtet. Hinsichtlich der von den Alliierten geforderten Auflösung der Selbstschutzzorganisationen steht die deutsche Regierung auf dem Standpunkt, daß eine rechtliche Verpflichtung dazu nicht besteht. Die Entschleunigung über die Zulassung oder Auflösung der freiwilligen militärischen Charakter tragenden Selbstschutzzorganisationen ist nach der Auffassung der deutschen Regierung ausschließlich

lange diese Empfindung die Bevölkerung Ostpreußens noch beherzigt, ist es nicht angängig, die Waffen einzuziehen und zu vernichten, die zur Ausrüstung der etwa auszubildenden Wehrmänner bereitgehalten werden. Es besteht zwar die Absicht, die Entwaffnung auch der ostpreussischen Ortswehren wenn irgend tunlich im Rahmen der allgemeinen Entwaffnungsaktion durchzuführen. Nach dem Gefagten muß aber mit der Möglichkeit einer Verzögerung gerechnet werden. Am Schlusse der Note weist die Reichsregierung darauf hin, daß die Entwaffnung der Bevölkerung, die das Vorotoll von Spa bezweckt, im wesentlichen in nächster Zeit beendet sein wird, und daß die Vorbehalte, die hinsichtlich der Waffen der bayrischen und ostpreussischen Einwohnerwehren gemacht werden, im Vergleich damit bedeutungslos sind und jedenfalls nicht militärisch als bedrohlich betrachtet werden können.

Verschärfung der Haferzwangswirtschaft.

Einchränkung der Haferverfütterung.

Der Reichsrat erteilte einer neuen Verordnung über die Einschränkung der Haferverfütterung seine Zustimmung. Die Verordnung bringt eine straffere Handhabung der Haferzwangswirtschaft und die Abklärung durch die Landwirte nach den Verfügungen des Reichsstattders sehr zu wünschen übrig gelassen habe — bis Ende November sind für den Bedarf der Reichsgetreidestelle nur 38000 Tonnen geerntet worden, während etwas über eine Million Tonnen gebraucht werden — und die Landwirtschaft auf Freigabe und auf höhere Preise hoffe. Bedeutende Mengen Hafer gelangten in den Schleichhandel, deshalb sei an eine Haferfreigabe vor Aufhebung der Zwangswirtschaft für Brotgetreide nicht zu denken.

Nach der neuen Verordnung soll nunmehr jedem haferbauenden Landwirt nach Maßgabe seiner Betriebsverhältnisse aufgegeben werden, für den Bedarf der Reichsgetreidestelle

eine bestimmte Menge Hafer zu liefern.

Die Freiheit des Landwirts in der Verfügen über Hafer wird eingeschränkt. Durch besondere Bestimmungen soll die Durchführung dieser Bestimmungen sichergestellt werden, und die Exekutive wird, wie die Regierung erklärt, nachdrücklich eingreifen.

Das Betriebsbilanzgesetz.

Einrichtnahme der Betriebsräte in die Bilanz.
Nach den Bestimmungen des Betriebsbilanzgesetzes sind die Betriebsräte in Betrieben, die im Betrieb mindestens 300 Arbeitnehmer oder 50 Angehörige beschäftigt sind, von 1. Januar ab noch Maßgabe eines Gesetzes über eine Betriebsbilanz und Verlustrechnung und eine Betriebsbilanz und Verlustrechnung nach Ablauf des Geschäftsjahres zur Einrichtnahme in die Bilanz verpflichtet. Dieses Betriebsbilanzgesetz ist jetzt vom Reichstag angenommen worden und tritt vom Reichstag nach der nächsten Verabschiedung in Kraft, damit es ab 1. Januar 1921 in Kraft treten kann. In dem Gesetzentwurf über die Betriebsbilanz und Verlustrechnung wird die Betriebsbilanz und Verlustrechnung als ein Mittel angesehen, das die vom Unternehmer vorzulegen ist, nach den allgemeinen Grundsätzen für Bilanzen überhaupt aufstellen ist, mit der Ausnahme, daß nicht aufgenommen zu werden braucht das private, dem Unternehmer gewöhnliche Vermögen des Unternehmers. Diese Betriebsbilanz und Verlustrechnung muß die Vermögensbilanz des Betriebes möglichst genau, die Geschäftslage des Betriebes erkennen lassen.

Das Recht, die Vorlegung der Bilanz zu verlangen, soll neben den einzelnen Betriebsräten der Betriebsrat als Ganzes geltend machen. Die Vorlegung der Bilanz sowie der Bilanz und Verlustrechnung kann zum erstenmal verlangt werden für das am 1. Januar 1921 ablaufende Geschäftsjahr. Der Ausschuss des Reichstages hat auf Antrag Sachverständigen, daß die Vorschriften für Betriebe, die mehrere Einzelbetriebe umfassen, auf solche Bilanzen keine Anwendung findet, die bei Inkrafttreten des Gesetzes bereits aufgestellt waren.

Im Zusammenhange hiermit sei auf die Bestimmungen des Betriebsbilanzgesetzes hingewiesen, die die Mitglieder des Betriebsrates verpflichtet sind, sich über die ihnen vom Arbeitgeber gemachten vertraulichen Angaben Verschwiegen zu bewahren.

Die Ministerreden im Rheinland.

Das Redeverbot der Entente.

Die deutsche Regierung veröffentlicht jetzt den Rat, den das Rheinland wegen der Ministerreden in das Rheinland.

In der Besonderebene der drei Besatzungsmächte wird, wie bereits vor einigen Tagen gemeldet wurde, die ungeheuerliche Behauptung aufgestellt, daß die deutschen Minister während ihrer Rheinlandreise öffentliche Erklärungen abgegeben haben, die geeignet seien, im besetzten Gebiet Unruhe zu erregen und die Ausführung des Friedensvertrages zur Erörterung zu stellen. Insbesondere vernähren sich die Alliierten gegen die Aussagen, welche die durch den Völkerbundrat kraft des Friedensvertrages in bezug auf Eupen und Malmedy getroffenen Entscheidungen angeht.

Um eine Gefährdung der öffentlichen Ordnung zu vermeiden, sollen Reisen der Reichs- und Staatsminister in das besetzte Gebiet künftig nur zugelassen werden, soweit diese hohen Staatsbeamten sich in Verlauf solcher Beratungen gegen die Regierungen oder Behörden der Alliierten und gegen den Friedensvertrag enthalten werden.

Ablehnende Antwort der deutschen Regierung.

In der Antwortnote der deutschen Regierung wird entschieden in Abrede gestellt, daß die Reise des Reichslandlers und des Außenministers die Bevölkerung des Rheinlandes beunruhigt habe, nach der Ausrückung der Reichsregierung hat die Reichsregierung keinerlei Verhütung der Gemüter beigetragen. Die Bevölkerung des besetzten Gebietes war durch die Besatzungen, die mit der Anwesenheit der Besatzungsbehörden verbunden sind, in eine höchst erregte, vielfach fast verzweifelte Stimmung geraten, die sich infolge der Reise merkwürdig gebessert hat.

Die deutsche Regierung muß es ihrem pflichtmäßigen Ermessen vorbehalten,

ob und wann sie aus Gründen der inneren Politik es als erforderlich erachtet, daß Reichsminister sich von den Verhältnissen im besetzten Gebiet persönlich überzeugen und Fühlung mit der rheinischen Bevölkerung nehmen. Sie kann aber den Inhalt der dort abgegebenen Erklärungen der belgischen (englischen, französischen) Regierung gegenüber im Voraus keine verbindliche Zusicherungen abgeben, muß sich vielmehr ihre Handlungsfreiheit innerhalb der Grenzen ihres Programms, das die Durchführung des Vertrages von Versailles bis zur Grenze des Möglichen vorsieht, ausdrücklich vorbehalten.

Nach der obersteleische Abstimmungsvorschlag wird abgelehnt.

Neben der Rheinlandnote wird dem Reichsstattders zufolge den Alliierten voraussichtlich eine weitere Antwortnote zugehen, die sich mit dem Vorschlag Alcotte-Georges hinsichtlich der Abstimmung in Oberösterreich beschäftigt. Die deutsche Regierung wird in ihrer Antwort den Vorschlag ablehnen und zwar mit der Begründung, daß sie den Bestimmungen des Friedensvertrages in keiner Weise entspricht.

Politische Rundschau.

Berlin, den 11. Dezember 1920.

Der Reichsrat hat sich mit der Bewilligung eines Kredites von 150 Mark an Hilfsbedürftige Teilerlöse der Feldzüge von 1864, 1866 und 1870/71 einverstanden erklärt.

In die Stelle des zum Präsidenten der freien Danzig gewählten Oberbürgermeisters Dr. Schum tritt Bürgermeister Dr. Wall als Danziger Oberbürgermeister.

Die Sozialisierungsverhandlungen nicht beendet. In der letzten Zeit sind in der Presse falsche Angaben über den Gang der Verhandlungen der Vermögenskommission erschienen. Es ist u. a. behauptet worden, daß die Verhandlungen gescheitert seien. Ist vollkommen falsch. Wichtig ist, daß die Verhandlungen im Augenblick ruhen, weil Gutachten über den neuen Verhandlungsvorschlag erwartet werden und die Verhandlung der Vermögenskommission am 10. Januar oder vielleicht noch früher in Berlin oder Berlin beginnen. Uebrigens wird im Reichsministeramt ein großer Beschleunigung einsetzender Arbeit ausgeübt.

Polnische Kreisverträge in Westpreußen. Bei den im November erfolgten Gemeindefestungen im Kreis Westpreußen (Westpreußen) haben 10 891 Wahlberechtigte teilgenommen. Davon haben 21,81 Prozent für polnische Kandidaten gestimmt. Bei der Volksabstimmung im Juli 1920 hatten von den im Kreise Stimm anwesenden Wählern etwas mehr als 30 Prozent sich für Polen ausgesprochen. Daraus ergibt sich, daß innerhalb einer

von 4 1/2 Monaten die polnischen Stimmen im Kreise Stimm um rund ein Drittel ihres Bestandes zurückgegangen sind.

Die Maschinenverkäufe der Reichs Werke. Die Ausschüsse der Reichs Werke U. G. in Spanien sind beschlossen, den Vertrag, durch den die französische Bewertung sämtlicher in den Deutschen Reichs Werken vorhandenen Kriegsmaschinen und sämtlicher Spezialmaschinen für Kriegszwecke einem Herrn Kahn übertragen wurden, mit einigen Einschränkungen aufrechtzuerhalten. — Wegen dieses Beschlusses war es vor einigen Tagen im Hauptauschuß des Reichstages zu scharfen Angriffen gegen die Deutschen Werke gekommen. Man hatte ihr zum Vorwurf gemacht, daß sie die Maschinen viel zu niedrig verkauft habe und dadurch dem Reich Millionen schaden entgangen seien. Die Kahn jetzt durch Weiterverkauf im größtem Umfang erzielt.

Die schwarze Schmach. Auf eine Anfrage im Reichstagsklub am Montag wegen der schwarzen Schmach teilte Staatspräsident Dr. Sieber dem Reichstag eine Neuerung des Auswärtigen Amtes mit, daß, des Inhalts, daß das vorliegende Material gegenüber den betreffenden Regierungen nachdrücklich zur Geltung gebracht und die empfindlichen Folgen der Anwesenheit farbiger Truppen im besetzten Gebiet unter schärferer Bewachung gegen deren Verwendung immer wieder eindringlich in Erinnerung zu bringen werden. Der Staatspräsident erklärte im Anschluß daran, man müsse es vor allem dem Gewissen der Ehre der englischen und der amerikanischen Nation, die sich mit besonderem Ehrgefühl als Träger des christlichen Geistes und der christlichen Sitte bezeichnen, überlassen, ob sie es für die Dauer mit ihrer Ehre vereinigen können, daß die schwarzen Truppen Frankreichs noch länger im besetzten deutschen Gebiete gehalten werden.

Rundschau im Auslande.

Luxemburg ist in den Völkerverbund aufgenommen worden.

Holland will einen Teil der Truppen für das internationale Korps zur Verfügung stellen, das während der Volksabstimmung nach Sitauen geschickt werden soll.

Das Eingreifen der englischen Arbeiterpartei zur Verhinderung eines Waffenstillstandes in Irland ist vergeblich geblieben.

Der norwegische Eisenbahnerstreik ist nun schon mit 8 Tagen im Gange. Bisher ist es der Regierung nur gelungen, täglich 12 Züge gegenüber 1000 in normalen Zeiten in Betrieb zu halten.

Entgegen den Meldungen der französischen Presse hat nach einer Hasenselbung die griechische Regierung König Konstantin das Ergebnis der Volksabstimmung mitgeteilt und ihm anbeigegeben, nach Griechenland zurückzukehren.

Österreich: Dr. Michael Hainisch Bundespräsident.

Die Bundesversammlung wählte mit 129 gegen 114 Stimmen Dr. Michael Hainisch zum Bundespräsidenten. Auf dem ersten 83 sozialdemokratische Stimmen. Der gewählte Bundespräsident gehört keiner Partei an. Er hat sich gesellschaftlich und praktisch auf nationalökonomischen und sozialpolitischen Gebiet betätigt. Er ist der Sohn der berühmten Wiener Frauenrechtlerin Marianne Hainisch. Der Präsident ist 60 Jahre alt. — Bekanntlich ging aus dem ersten Wahlgang keine der drei Parteien hindurch hervor, so daß die bürgerlichen Parteien sich schließlich auf einen zweiten Wahlgang einigen mußten.

Wähnen: Barrikadenkämpfe in Prag.

Die Prager Kommunisten hatten vor kurzem das Verbot der Versammlungen durch den Reichsrat gebrochen. Das Gebäude durch rechtskräftiges Urteil den Reichsgerichten ausgelassen wurde, weigerten sich die Kommunisten, das Verbot zu räumen. Als die Polizei am Montag den Urteil Geltung verschaffen wollte, wurden sie mit gefälltem Bajonetten heranziehenden Beamten von den Kommunisten im Helm angegriffen. 50 Kommunisten, die sich nicht weigerten, wurden mit einem Teil der Kommunisten schwer verletzt wurden. Einem zum Angriff der Polizei und der Gendarmerie gelang es schließlich, das Verbot zu räumen und zu begeben. Daraufhin eilten aus allen Teilen Prags und aus der Umgebung, besonders aus dem nahen Rudolfs Hofrevier, zahlreiche kommunistische Arbeiter ihren Genossen zu Hilfe. Unter dem Eindruck der Prager Verhältnisse ist auf sämtlichen tschechischen Gebieten der Generalkrieg erklärt worden.

Frankreich: Vor der Revision des Ruffischen Friedensvertrages.

Im Senatsauschuß für auswärtige Angelegenheiten und Finanzen erschien Ministerpräsident Delcandé in Begleitung des Oberkommissars für Syrien, General Gouraud. Beide berieten auf eine Mäßigung von Bedingungen vor. Delcandé kündigte eine Revision des Friedensvertrages an; man müsse den berechtigten Forderungen der Türkei gerecht werden. Es wird beabsichtigt, Smyrna den Griechen zurückzugeben und unter gewissen Bedingungen den Türken zuzugestehen. Der französische Standpunkt soll somit in London festgelegt haben.

Rumänien: Ein Bombenattentat in dem rumänischen Senat.

Ein folgenschweres Bombenattentat wurde am Donnerstag während der Sitzung des Senats verübt. Durch die Explosion wurden der Bischof Radu und der Minister Coccoanu getötet, die Bischöfe Georgaru und Alion, sowie die Senatoren Spiru und Georgescu, der General Cando und Minister Aleanu schwer verletzt. Der getötete Bischof Radu gehörte seinerzeit dem ungarischen Magnatenhaus an und war Bischof von Großwardein.

Ausland: Abschaffung des Geldes im Ausland.

Die „Daily Mail“ erfährt aus Stockholm, daß die Sozialregierung sich entschlossen habe, alles Geld abzuschaffen. Es sollen sogar die letzten Centen annulliert werden. An die Stelle des Geldes sollen kurzfristige Schatzscheine treten, die alle zwei Monate erneuert werden sollen. Diese Gegenstände des Verbrauches sollen durch ein Kartensystem ersetzt werden. Die Sozialisten haben durch diesen Plan der Volkswirtschaft in eine große Vorrückung verfehlt.

Soziales.

Unfallversicherung und Invalidenrente. Der sozialpolitische Ausschuß des Reichswirtschaftsrates beschloß, die Reichsregierung zu eruchen, auf dem Wege eines Notgesetzes die Erhöhung der Versicherungsrente in der Unfallversicherung auf 30 000 Mark mit Rücksicht auf den gesunkenen Geldwert vorzunehmen. Ferner wurden zwei Eingaben des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands und der Reichsarbeitsgemeinschaft für den Bergbau, die beide die Not der Knappheitsinvaliden, -witwen und -waisen behandeln, der Regierung zur Berücksichtigung übergeben mit der Bitte um beschleunigte Vorlegung eines Notgesetzes, das den Unfall-, Alters-, Invaliden-, Witwen- und Waisentrenten der Knappheitskassen bis zur vorläufigen Einschränkung der schlimmsten Not die notwendigen Zuschüsse gewährt. Die Kosten werden von den betreffenden Arbeitgebern und Arbeitnehmern und so weit diese dazu aufstehen, aus Reichsmitteln zu bringen sein. Augenblicklich werden für über 30 000 Rentener Empfänger Durchschnittsbeträge von monatlich 15 Mark gezahlt. Das Verlangen der Eingabe geht dahin, für Invaliden 100 Mark, Witwen 50 Mark und Waisen 40 Mark zu bewilligen, das würde monatlich 19, jährlich 228 Millionen erfordern. Von dem Vertreter des Reichsarbeitsministeriums wurde darauf hin bemerkt, daß für eine zeitweilige Erhöhung aller Invalidentrenten etwa 2 1/2 Milliarden notwendig wären, die von dem Reichsfinanzministerium und dem Kabinett abgelehnt worden seien.

Sport und Verkehr.

125 000 Telegramme täglich. Da die Zahl der zu besördernden Telegramme ständig wächst und das Haupttelegrammenamt in Berlin täglich nicht weniger als rund 125 000 Telegramme zu erledigen hat, ist ein Ausbau des deutschen Fernnetzes dringend geboten. Entsprechende Arbeiten sind auch bereits im Gange. Wie der „Deutsche Schnellbrief“ erfährt, sind die jetzt im Stocken geraten, weil auf Veranlassung der Entente den Materiallagern nichts mehr entnommen werden darf, bis nicht festgestellt ist, daß kein „Kriegsmaterial“ zur Verwendung gelangt.

Scherz und Ernst.

Daß man sich auch im Bett liegend erklären kann, dürfte wohl wenigen einleuchten. Im Bett ist noch niemand erfroren, sagt die Volksweisheit, aber im Bett hat sich schon mancher erkältert, sagt hundertfache Erfahrung, nur daß man die Ursache ganz wo anders sucht. Ist ein Schlafzimmer geheizt, dann mag ein Erkälten wohl nicht zu befürchten sein, wenn nur die Stellung des Bettes eine richtige ist. Im übrigen soll ja aber ein Schlafzimmer gar nicht warm, sondern nur temperiert, nur „überschlagen“ sein. Wer ganz kalt schläft, erscheint als tapferer Mensch, muß diese Tapferkeit aber oft recht sehr büßen, eben durch eine Erkältung, trotz aller bis über die Ohren gegebenen Federbetten. Es leuchtet ja ohne weiteres ein, daß der Körper enorm viel Wärme hergeben muß, um das Bett überhaupt erst einmal warm zu machen und mottig. Zunächst leiden darunter immer die Füße, weil sie beim Liegen verminderten Zutreffs haben, weil ja auch die ganze Körpertemperatur beim Liegen um etwa zwei Grad zurückgeht. Wie sehr nun kalte Füße nicht nur das Einschlafen hindern, sondern auch direkt zu Erkältungen führen können, weiß jeder. Steht nun gar das Bett ganz in der Nähe eines Fensters, bei dem ständig kalte Luft herabströmt, oder aber an einer kalten Mauer, an welcher ebenfalls kalte Luft strömt, so sind die Temperaturunterschiede zwischen Bettwärme und Außenluft noch viel schroffer. Ein großer Temperaturwechsel ist aber eben die Ursache einer Erkältung oder richtiger des krankhaften Zustandes, den man allgemein mit Erkältung bezeichnet. Der Körper kann nicht soviel das Bett heizen, als die Außenluft das Bett immer wieder abkühlt, und so geschieht es denn, daß man nicht recht warm wird, also mitten im Bett friert und sich erkältert.

Aus Stadt und Land.

Der Erfinder der Erdwurst? In Dresden ist der Patentanwalt Alexander Schöke im Alter

von 74 Jahren gestorben. Schöke ist Erfinder der Erdwurst, die im Jahre 1870-71 zum erstenmal unseren Truppen in größerem Umfang erhebliche Dienste geleistet hat.

Kaufmannsvereine in Sachsen. Wie die „Ruffische Zeitung“ aus Leipzig erfährt, sind am Mittwoch in Leipzig, Dresden und Chemnitz auf Anordnung der Staatsanwaltschaft zahlreiche Inhaber der angesehensten Getreidefirmen verhaftet und der Staatsanwaltschaft vorgeführt. Gleichzeitig wurden nicht nur in den Privatwohnungen der Inhaber Hausdurchsuchungen vorgenommen, um verdächtige Material, das etwa besetzt gekauft sein könnte,utage zu fördern. Es handelt sich, wie dem Blatte berichtet wird, um eine Kettenhandelsangelegenheit, in die eine große sächsische Firma seit einigen Monaten verwickelt ist. Die Inhaber und Profiteure liegen bereits seit einiger Zeit in Untersuchungshaft. Die Staatsanwaltschaft hat bisher in dieser Sache anscheinend nicht genügend Material herbeigeschaffen können und daher durch gleichzeitiges Vorgehen gegen zahlreiche Getreidehändler versucht, das Material zu beschaffen. Die sämtlichen Inhaber der Leipziger Firmen sind gegen Kaution auf freien Fuß gestellt worden.

Generalkrieg im Widauer Kohlenrevier. Der am Mittwoch im Widauer Teintofenrevier ausgebrochene Bergarbeiterstreik ist so gut wie allgemein; nur auf einem Schacht der Bürgergewerkschaft wird noch gearbeitet. Auch im Lugau-Deilschener Revier sind die Bergarbeiter fast vollständig in den Ausstand getreten. Die Notstandsarbeiten werden verrichtet. Durch den Streik werden die industriellen Betriebe bis in das Bogtland hinein in Mitleidenschaft gezogen, da sie vom Elektrizitätswerk Deilsch keine Kraft erhalten können. In Falkenstein können die Zeitungen nicht erscheinen.

Die Schneeschäden in Thüringen. Infolge der Schneeschäden in Gotha mußte der Straßenbahnbetrieb vollständig eingestellt werden. Dadurch, daß sich die zerstörten Telephondrähte auf die Leitungsdrahte der Straßenbahn gelegt hatten, wurden fortwährend Kurzschlüsse herbeigeführt, deren weittragende Störschlüsse äußerst gefährlich wurden. Der Telephonbetrieb mußte dadurch bis zur Beseitigung der Mängelarbeiten eingestellt werden. Sämtliche sächsische Linien in Thüringen sind neuer Schneefall eingest. Die Schneehöhe beträgt 20 Zentimeter; der angerichtete Forst- und Wirtsschaden ist beträchtlich.

Arbeitslosenanstalt in London. Arbeitslose haben die städtische Badeanstalt in Acton, einer Vorstadt Londons, besetzt. Remobilisierte Soldaten besetzen fünf bestehende Häuser in Spanke. Die Polizei verhängte die Besetzung von fünf weiteren Häusern.

Aktive Nachrichten.

Der Fluglehrer von Berlin nach dem Rheinland ist über Braunschweig nach Dortmund wieder aufgenommen worden.

Der Streik der 25 000 Arbeiter der Münchener Glasfabrik Textilwerke ist nach zehntägiger Dauer durch Vergleich beigelegt worden.

In Wittenberg hat am Freitag die große Gedächtnisfeier zur 400jährigen Wiederkehr des Tages begonnen, an dem Luther die päpstliche Bannbulle verbrannt hat.

Volkswirtschaftliches.

Berlin, 10. Dezbr. (W. F. F.). Die Haltung der Märkte ist andauernd matt und abgedrückt, was besonders auf den bevorstehenden Jahresabschluss zurückzuführen ist. Die Marktstimmung neigte überwiegend nach unten. Die Sparprämiennachfrage blieb mit 89,6 Prozent weiter gefragt. Die ausländischen Zahlungsmittel waren meist abgeschwächt. Das Spanischmark in Gold wurde mit 304 Mark gefragt und mit 310 Mark angeboten.

Berlin, 10. Dezbr. (W. F. F.). (Preis Januar 1921). Januar-Markt 163-165, August 24-25, Preis 24-25, März 20-22, April 21-22, Weizen 32-37, Roggen 39-42, Rüböl 46-50, Weizen 140 bis 150, Weizen 150-153, Ackerbohnen 150-155, Bittererbsen bis 250 nom., kleine Röhren bis 200 nom., Futtererbsen bis 165, Runkelrüben 7-8,50, Wägen rot 15-16, gelb 13-14, Zuckerrüben 26-27, Erbsen 80, Lupinen blau 70-75, gelb 80-82, Mais 400-402, Weizen 350, Weizen 650, Senf 200, Weizen 115-120, Weizen 170-180, Weizen 170-180, Weizen 140-190 für 50 Kilo ab Verladung.

Chronik des Tages.

Was jedermann wissen muß.

- Die deutsche Regierung hat die Weisung über die Entente wegen der Militärverträge abschlägig beschieden.
- Der Reichsrat hat die Vorlage über die Betriebsbilanz und die Betriebsgewinn- und Verlustrechnung angenommen.
- Der Reichsfinanzminister hat sich bereit erklärt, die Zeit für Annahme von selbstgezeichneten Kriegsanleihen zum Nennwert für das Reichsnotopfer bis zum 31. Januar 1921 zu verlängern.
- Die Haftersicherungsgesellschaft soll durch die Einschränkung der Haftverfälligung eine wesentliche Verkleinerung erfahren.
- Der Staatshaushaltsauschuß des bayerischen Landtages hat das sogenannte Sperrgesetz, nach dem zur Sicherung einer einheitlichen Regelung der Beamtenbesoldung Länder und Gemeinden einwirken in ihrer Besoldung der Beamten gebunden werden sollen, einstimmig abgelehnt.
- Durch einen Bombenanschlag im rumänischen Senat u. A. waren wurden der Minister Coccoanu und der Bischof Radu getötet, zwei Bischöfe, zwei Senatoren, ein Minister und ein General schwer verletzt.

Eine Weisung Frankreichs. Das französische Militärpolizei nicht beurteilte die Ehefrau eines bayerischen Staatsangehörigen wegen Weisung Frankreichs u. d. h. höchst zulässigen Geldstrafe von 3000 M., weil sie bayerischen Offiziersfamilie gegenüber die Weisung gegen an hatte, sie sollte sich als deutsches Mädchen schämen, sei Frankreichs Dienste zu leisten.

Keine künstlichen Dünger mehr nötig!

Eine neue umwälzende Erfindung für die Landwirtschaft ist die

„Gohn'sche Dünger-Kultur“

die es jedem Landwirt ermöglicht, seine natürlichen Dünger (Dung, Mist) vollkommen mühe- und kostenlos um das drei- und mehrfache zu vermehren. Keine Anschaffung von Rohstoffen oder künstlichen Hilfsmitteln nötig, da jeder Landwirt diese für ihn bisher wertlosen und jetzt zu diesem Verfahren nötigen Rohstoffe in unerschöpflichem Maße für immer in seinem Anwesen vorrätig hat.

Durch die „Gohn'sche Dünger-Kultur“ kann jeder Landwirt seine Einnahmen und seine Ernte mehr als verdoppeln.

Deutsches Reichspatent, D. R. G. M. und Auslandspatente in allen Kulturstaaten angemeldet.

Das Recht zur Benutzung dieses wertvollen Verfahrens (Lizenz) nebst allen Einzelheiten, wie: Lizenzurkunde, Verfahren und Anleitung zur Ausführung, wird an jedermann gegen Zahlung einer einmaligen Abfindungssumme von nur 50.— Mark gegen Voreinsendung des Betrages oder Nachnahme oder auf Postsparkonto 18784 Frankfurt a. M., abgegeben.

Wenn man berücksichtigt, daß es sich hier nicht um ein belehrendes Buch, sondern um das Ausbeutungsrecht einer hervorragenden neuen landwirtschaftlichen Erfindung von unschätzbarem Werte handelt, die jeden Landwirt von seiner größten Sorge, der „Düngerfrage“, befreit, so ist der Preis in Anbetracht der Wertlosigkeit unseres Geldes als ein sehr mäßiger zu betrachten.

Wer das Benutzungsrecht dieses Verfahrens (Lizenz) nicht erworben hat und die Ausführung dennoch betreibt, wird nach dem Patentgesetze bis zu 1 Jahr Gefängnis und 50 000.— Mark Geldbuße bestraft und ist Schadenersatzpflichtig.

Landwirte! Nicht Euch für die Frühjahrssaat und bestellt sofort die „Gohn'sche Dünger-Kultur“, wenn Ihr nicht mit Euren Einnahmen hinter Euren Kollegen zurückbleiben wollt!

Garantie: Sofortige Rückzahlung des Betrages, sofern die hier gebrachte Darstellung den Tatsachen nicht entspricht.

Deutsche Düngemittel-Industrie
Max Gohn, Wiesbaden, Verotal 14

Todes-Anzeige.

Gott dem Allmächtigen hat es gefallen, heute Mittag 1/3 Uhr unsere liebe Mutter, Großmutter und Urgroßmutter, die Witwe

Barbara El. Auell

geb. Siebert

im Alter von 83 Jahren nach kurzem Krankenlager in ein besseres Jenseits abzurufen.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 16. Dezember, nachmittags 2 Uhr vom Trauerhause, Neustadt 34, aus statt. Trauerfeier im Hause 1/2 Uhr.

Einen großen Posten neue und gebrauchte

Oefen sowie **Runkelmühlen**
Kartoffelquetscher

sind zu haben bei
J. H. Herbold
 Spangenberg.

Edt Porzellan!

Teller und Schüsseln
 Eß- und Kaffeeserviese

in großer Auswahl zum billigsten Preise.
Richard Mohr.

Die Kohlennot!

zwingt zur Umstellung der Feuerungsanlagen.

Braunkohlen-Vorfeuerungen

System Fränkel. Vertreter:

August Basse, Cassel

Centralheizungs- und Installations-Anlagen
 Mauerstr. 22 Fernspr. 292.

Koch- und Viehsalz

liefert in Säcken billig
Richard Mohr.

Rodelschlitten
Schlittschuhe
Kinderkaffeeserviese
Kindereinkochapparate
Laubsägen

zu alten Preisen bei
Richard Mohr.

Zweijährigen Ziegenbock

verkauft
 Stadt Spangenberg.

Ein ordentliches
Mädchen

per 1. Januar 1921 gesucht.
 Frau Frieda Spangenthal, Spangenberg
 Ubertor 199. Telefon Nr. 4

Kaufe jeden Posten
Papier- u. Grubenholz

sowie
ganze Waldbestände

Offerten unter „Holzverwertung“ an die
 Geschäftsstelle d. Bl.

Ein nützliches Weihnachtsgeschenk

ist ein Sparbuch.
Städtische Sparkasse.

**Zug-, Wand-, Steh- und
 Hängelampen**

für Petroleum und Carbid
 zu vorjährigen Preisen. Sehr billig.

Carbid und Petroleum
 unter Höchstpreis.
Richard Mohr.

Eine gebrauchte, gut erhaltene
Schneidernähmaschine

zu verkaufen.
 Meier Goldschmidt.

Radjelöfen

mit und ohne Schif -- neu und gebraucht

Regulierherde
 neu und gebraucht

Große Waschkessel
 von 50.— Mk. an am Lager.
Richard Mohr

Meier Goldschmidt

Telephon Nr. 35 Telephon Nr. 35

Großes Lager in
Bettstellen
 und
fertigen Betten

Alle
Möbel
 in großer Auswahl.

Das ist ja der Unterschied

Suche zum 1. Januar ein tüchtiges
Dienstmädchen
 H. Levisohn.

daß **Dr. Gentner's Schuhputz Nigrin**
 mit Bänderole nur reines Terpentinöl enthält, während billiger Crem Wasser oder

Inserate
 bis Dienstag abend und



Nähmaschinen
 für Hand- und Fußbetrieb
 Marke „Dürkopp“

Fahrräder
 Marke „Dürkopp“

sind schöne Weihnachtsgeschenke und billig zu haben bei
Richard Mohr.